



POLITISCHE INDOKTRINIERUNG STOPPEN!

» KEINE FÖRDERUNG POLITISCH EINSEITIGEN SCHULUNTERRICHTS

Ob es richtig war, dass Angela Merkel die Grenzen öffnete und in kurzer Zeit über 1 Million so genannter „Flüchtlinge“ ins Land ließ, darf durchaus bezweifelt werden. In einem vernünftigen, unparteiischen Schulunterricht müssten beide Auffassungen zu dieser Streitfrage behandelt werden.

Wie der Online-Ausgabe der „Ostsee-Zeitung“ vom 06. September 2016 zu entnehmen war, wird dieses demokratische Prinzip im hiesigen Schulunterricht jedoch wenig beachtet.

In der Greifswalder Greifschule zum Beispiel mussten die Kinder zusammen mit „Flüchtlings“-Kindern ein so genanntes „Willkommensbuch“ gestalten. „Willkommenskultur“ ist kein neutraler Begriff, sondern eine linke Propagandaphrase, mit der die Anhänger einer maßlosen

Überfremdung der Gesellschaft ihre Multi-Kulti-Ideologie schmackhaft machen wollen. Jeder Asylkritiker soll als ungastlich und herzlos hingestellt werden, weil er ja nicht „willkommen“ zu den ach so armen Ankömmlingen sagt, von denen nicht wenige reine Abzocker sind, die illegal unsere Grenzen überschreiten, nachdem sie ihre Papiere weggeworfen haben.

» Kinder ein „Willkommensbuch“ anfertigen zu lassen, heißt, sie einseitig zu indoktrinieren.

Das widerspricht dem im Schulgesetz verankerten Überwältigungsverbot, das Lehrern untersagt, Schülern ihre politische Gesinnung aufzuzwingen.

Wer so unterrichtet, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes, sondern gleicht vielmehr Margot Honecker und ihrer totalitären

Erziehungspraxis, die nur eine Meinung zuließ. Da die Hansestadt Greifswald und der Landkreis Vorpommern-Greifswald die „Willkommensbuchaktion“ mit staatlichen Mitteln förderten, nahm die NPD-Fraktion diesen Sachverhalt zum Anlass, einen entsprechenden Antrag im Kreistag zu stellen.



Der volkstreue NPD-Abgeordnete Tino Müller forderte die Landrätin, die früher

mal eine Parteigenossin Margot Honeckers war, in der Sitzung vom 28. November 2016 auf, die Unterstützung solcher Indoktrinationsprojekte einzustellen.

Vermutlich ist die Greifswalder Greifschule jedoch kein Einzelfall.

Fragen Sie Ihre Kinder doch einmal, wie das Asylanthema in ihrer Schule behandelt wird. Das Ergebnis dürfte erschreckend sein und Anlass zu der Frage geben, ob die DDR vielleicht doch noch existiert.

„Den Lehrkräften ist es untersagt, ihre politische Meinung den Schülern aufzudrängen. Genau das geschieht aber offenkundig in der Greifswalder Greifschule, auch dank der Unterstützung des Landkreises. Wie zu SED-Zeiten werden hier Schulkinder indoktriniert und politisch missbraucht. Damit muss Schluss sein.“

Tino Müller in der Debatte



DAS ENDE DER FAHNENSTANGE IST ERREICHT!

NPD-FRAKTION STIMMT ERNEUT GEGEN HÖHERE KREISUMLAGE

Die Kreisumlage ist eine Abgabe, die die Gemeinden dem Landkreis bezahlen müssen. Angesichts der miserablen Finanzlage, in der sich viele Städte und Dörfer befinden, wirkt sie in ihrer jetzigen Höhe von 47% erdrosselnd.

» **Kinderspielplätze verkommen, Vereine erhalten weniger Geld, die Verödung des ländlichen Raums schreitet voran.** Die Festlegung der Abgabe auf diesen Wert kostet die Gemeinden 8 Millionen Euro, die doch vor Ort dringend benötigt würden.

Deshalb hat die NPD-Fraktion in der Kreistagssitzung vom 28. November 2016 einen Antrag der Kompetenz für Vorpommern zugestimmt, die Kreisumlage auf 45% zu senken.

» **Das Abstimmungsergebnis fiel knapp aus, 24 zu 28 Stimmen. Schuld daran waren CDU, FDP und die Linke, die auf diese Weise zum Niedergang der Gemeinden beitrugen.** Der Landkreisverwaltung kommt es nur darauf an, sich bei der SPD/CDU-Landesregierung einzuschmeicheln. Es darf aber keine Rolle spielen, ob

man in der Gunst des CDU-Innenministers Caffier steht. Der hat mit Mühe und Not eine innerparteiliche Revolte überstanden und ist so schwer angeschlagen, dass jederzeit mit seinem Verschwinden von der politischen Bühne zu rechnen ist.

So einen nennt man eine lahme Ente. Vielmehr hat sich der Landkreis als Dienstleister für seine Gemeinden zu sehen und nicht als deren Herr und Ausbeuter. **Die Städte und Dörfer sind das Land. Auf Landkreis und Landesregierung könnte man da eher verzichten.**

Während der Kreistagsitzung am 15. Februar forderte der NPD-Fraktionsvorsitzende Michael Andrejewski, daß die Job-Center nicht, wie geplant, ihren Mitarbeitern Kurse in der englischen Sprache anbieten sollten, damit die sich mit den Asylanten verständigen könnten.

Statt dessen sollten die Asylanten gefälligst Deutsch lernen. Schließlich wollten sie etwas vom deutschen Staat. Nicht einmal das von ihnen zu verlangen, liefe auf ein jämmerliches Einknicken der deutschen Behörden hinaus und sei die reinste Waschlappen-Politik. Daraufhin ertönten aus dem Plenum „Nazi“-Rufe. Heute ist also schon Nazi, wer in seinem eigenen Land nicht die Fremdsprachen der Scheinasylanten lernen will. Morgen ist Nazi, wer überhaupt noch Deutsch spricht. Dieses etablierte Parteiensystem wird immer irrer. Da kann man nur sagen: Viel Spaß beim Sprach- und demnächst beim Koranunterricht.

KEIN WINDPARKEXTREMISMUS IN DER FRIEDLÄNDER GROSSEN WIESE

Alles, was man übertreibt, verwandelt sich in Schwachsinn. Übertriebene Mutterliebe wird zu Affenliebe, die dem Kind mehr schadet als nützt. Zu häufiges Duschen zerstört den natürlichen Schutzmantel der Haut, so daß man erst recht die Krätze bekommt. Und zu viele Windräder zerstören die Natur und werden zur Belastung für Mensch und Tier.

Deshalb brachte die NPD-Fraktion in der Sitzung am 06. Juni 2016 eine Initiative gegen den geplanten Windpark in der Friedländer Großen Wiese ein. In dem Beschlüßvorschlag hieß es:

» **Der Kreistag spricht sich gegen den geplanten/möglichen Bau eines Windparks in der Friedländer Großen Wiese aus.**

» **Der Kreistag wird aufgefordert zu prüfen, ob die Zuordnung der Friedländer Großen Wiese zum Naturpark „Stettiner Haff“ und die gleichzeitige Erklärung zum Schutzgebiet die beabsichtigte Errichtung eines Windparks unterbindet.**

» **Der Kreistag wird aufgefordert, alle Maßnahmen in die Wege zu leiten,**

um die Errichtung eines Windparks auf dem Gebiet der Friedländer Großen Wiese zu unterbinden.

Für sich genommen ist es zwar eine gute Idee, den Wind als saubere Energiequelle zu nutzen. Was aber jetzt auf diesem Gebiet geschieht, ist reine Geschäftemacherei. Obwohl die erforderlichen Stromtrassen nicht zur Verfügung stehen, wird auf Teufel komm raus ein Windpark nach dem anderen errichtet. Den Betreibern kann es egal sein, ob der so erzeugte Strom überhaupt den Verbraucher erreicht. Sie kassieren auf jeden Fall. Weht

der Wind gar nicht, erhalten sie ein Ausfallgeld für den Strom, der erzeugt worden wäre, wenn der Wind geweht hätte. Stürmt es zu heftig, müssen die Räder aus dem Wind gedreht werden, und auch dann klingelt die Kasse.

Null Risiko für die Windparklobby. Es bezahlt der Stromverbraucher, auf dessen Rechnung die Profite der Windunternehmer zu Buche schlagen. Natürlich getarnt als ökologische Großtat. Gewinnsucht verbirgt sich in der BRD immer hinter schönen Phrasen.

KOSTENLOSE MÖBEL NICHT NUR FÜR AUSLÄNDER, SONDERN AUCH FÜR DEUTSCHE BEDÜRFTIGE

Tausende Asylanten strömten auch in unseren Landkreis. Die Behörden überschlugen sich vor Eifer, ihnen möglichst schnell Wohnungen zu verschaffen, die natürlich auch zur Zufriedenheit der Herrschaften eingerichtet werden mußten. Deshalb wurden massenhaft Möbel und son-

stige Einrichtungsgegenstände wie Kühlschränke oder Waschmaschinen angeschafft.

Darunter auch, zumindest in einem Fall, ein Schrank für 700 Euro. So stand es zumindest in einem der NPD-Fraktion zugespielten Bescheid, von dem aber später behördlicherseits behauptet wurde, der Druckfehlerteufel habe zugeschlagen und eine Null dazu gemalt.

Selbstverständlich erhielten die „Geflüchteten“ die Möbel kostenlos zur Verfügung gestellt. Weil sie ja alle so arm seien. Eine Umfrage unter 2300 Asylanten ergab kürzlich, daß die „Flucht“ nach

Deutschland im Durchschnitt 7100 Euro kostet.

Arme Flüchtlinge? Wohl eher Angehörige der wohlhabenden oberen Mittelschicht, die es vorziehen, sich ins sichere, bequeme Ausland zu verziehen und andere in ihren Heimatländern Aufbauarbeit und Wehrdienst leisten zu lassen. In ihrem Eifer beschafften die Behörden viel zu viele Einrichtungsgegenstände.

Es kamen nicht so viele Fremde, wie man wohl gehofft hatte. Außerdem „flüchteten“ viele weiter aus dem ländlichen Raum in Großstädte wie Berlin und Hamburg, weil dort der

Lebensstandard höher ist. Luxusflüchtlinge eben. Zeitungsberichten war zu entnehmen, daß der Landkreis nun die übrig gebliebenen Möbel verkaufen wolle.

Daher beantragte die NPD-Fraktion in der Kreistagssitzung vom 28. November, die Gegenstände kostenlos an deutsche Bedürftige abzugeben. **Wer 7100 Euro für einen Trip nach Deutschland übrig hat, der hätte sich auch selber Möbel kaufen können. Wenn solche Leute kostenfrei eine Wohnungseinrichtung gestellt kriegen, warum dann nicht auch Deutsche?**

INFRASTRUKTURABBAU UNTERBINDEN!

KEINE SCHLIESSUNG VON SPARKASSENFILIALEN

Medienberichten zufolge soll die Sparkasse Vorpommern-Rügen schon im Frühjahr 2016 geplant haben, bis zum Jahresende 6 Filialen zu schließen und weitere 11 in „Selbstbedienungsfilialen“ umzuwandeln. 15% der Mitarbeiter sollten bis 2020 eingespart werden.

Betroffen von der Schließung ist in Vorpommern-Greifswald Kröslin. Aber auch in Greifswald wurden mittlerweile Unterschriften gegen eine befürchtete Schließung der Filialen in der Hans-Beimler- und der Heinrich-Hertz-Straße gesammelt. Die NPD-Fraktion beantragte deshalb in der Kreistagssitzung vom 06. Juni 2016, dass sich die Landrätin im Verwaltungsrat der Sparkasse diesem Vorhaben widersetzen solle. Gerade eine Anstalt des Öffent-

lichen Rechts dürfe sich nicht am Abbau der Infrastruktur im ländlichen Raum beteiligen, argumentierten die nationalen Volksvertreter.

Wo überhaupt keine Filiale der Sparkasse mehr ist, sind die Bürger darauf angewiesen, in Nachbarorten befindliche Filialen aufzusuchen oder sich mit Online-Banking zu behelfen.

Die mit Letzterem verbundenen Risiken sind erheblich. Im Netz treiben kriminelle Hackerbanden ihr Unwesen. Da ist ein Konto sehr schnell leer geräumt, und die Banken überschlagen sich nicht gerade vor Eifer, für entstandene Schäden aufzukommen.

» Die Selbstbedienungsfilialen sind eine Scheinlösung. Ältere Bürger ohne Computerkenntnisse dürf-

ten große Schwierigkeiten haben, dort zurechtzukommen.

Wer bisher glaubte, der Euro zeitige keine negativen Auswirkungen auf unseren Alltag, wird hier eines Besseren belehrt. Die Sparkasse nimmt die Einsparungen vor, weil sie wegen der niedrigen Zinsen weniger Geld verdient. Dafür ist die Europäische Zentralbank verantwortlich. Sie hat die Zinsen radikal gesenkt, damit

sich die europäischen Pleiteländer günstig verschulden können. Da die betreffenden Staaten – Griechenland, Spanien, Italien, Portugal, aber auch Frankreich – den Euro eingeführt haben, dürfen sie nicht bankrott gehen. Sonst bricht die windige Ersatzwährung sofort zusammen. Hätten wir noch die D-Mark, würden keine Sparkassenfilialen schließen. Ein weiterer Grund, die Euro-Politiker zum Teufel zu jagen.

» An den folgenden Standorten im Landkreis Vorpommern-Greifswald plant die Sparkasse die Infrastruktur weiter zu beschneiden!

Umwandlung in Selbstbedienungsfilialen: Greifswald, Dienstleistungszentrum; Greifswald, Heinrich-Hertz-Straße; Neunkirchen, im Marktkauf; Bansin, Ückeritz, Karlsburg, Lissan

Schließung: Kröslin

Quelle: OZ vom 29. März 2016

WENN

ASYLANTEN IHRE UNTERKÜNFTE DEMOLIEREN

» 60 000 EURO SCHADEN IN DER JUGENDBEGEGNUNGSSTÄTTE VON PLÖWEN



Schlimmer kann es zu König Attilas Zeiten nach einem Einfall der Hunnen auch nicht ausgesehen haben. Nicht selten hinterlassen manche Asylanten ihre Unterkünfte in einem Zustand der Verwüstung, wenn sie in eigenen Wohnungen umziehen.

Dies war zum Beispiel der Fall in der Jugendbegegnungsstätte von Plöwen. Einige Monate lang waren dort etwa 150 so genannte „Flüchtlinge“ untergebracht, fast alles junge Männer, die, wenn sie denn die Lust dazu verspürten, viel für ihre Heimatländer tun könnten, es aber vorziehen, dies unseren Soldaten und Entwicklungshelfern zu überlassen.

So sah es nach ihrem Auszug in dem Gebäude aus: „Zerstörte Sitzmöbel, Schmutz in allen Ecken, Müllberge vor dem Haus, verdreckte Wände auch

durch verschmähltes Essen aus der Gemeinschaftsküche“. Das hat sich nicht die NPD-Fraktion ausgedacht, das ist ein wörtliches Zitat aus der „Pasewalker Zeitung“.

Zugegeben wurde auch, dass die ach so dankbaren „Schutzsuchenden“ Tag und Nacht Strom und Heizung auf Hochtour weiterlaufen ließen.

Der Wasserverbrauch war immens, wenn auch nicht ganz klar ist, warum. An extrem übertriebener Hygiene kann es nicht gelegen haben. **Da die Fenster wohl nie geöffnet wurden, machte sich auch noch Schimmel breit.**

Wer durfte aufräumen und sauber machen? Nicht die Asylanten, die waren dafür zu traumatisiert. Sondern natürlich die großzügigen deutschen Gastgeber. **Zehn Mitarbeiter der Einrichtung machten sich an**

die Reinigungs- und Renovierungsarbeiten. Kostenpunkt: 60 000 Euro!

Politiker und Pfarrer meldeten sich natürlich nicht freiwillig zum Einsatz. Zu beschäftigt waren sie mit dem Einfordern von Ausländerfreundlichkeit und dem Mahnen und Warnen vor der bösen NPD.

Deren Kreistagsabgeordnete fragten nach, ob die Darstellung der „Pasewalker Zeitung“ denn zuträfe, insbesondere hinsichtlich der Schadenshöhe von 60 000 Euro. Es kamen aber nur schwammige Antworten ohne Informationswert.

Daraufhin beantragte die NPD-Fraktion in der Kreistagssitzung vom 06. Juli diesen Jahres, die Landrätin solle einen Bericht über die im ganzen Landkreis von Asylanten verursachten Schäden erarbeiten und dem Kreistag zur Verfügung stellen.

Das wurde wohlweislich abgelehnt.

Das Thema ist auch zu peinlich für die Asyljudler. Wir können wohl davon ausgehen, dass der Schaden in Plöwen wirklich bei 60 000 Euro liegt und es noch viele andere, ähnlich gelagerte Fälle geben dürfte, die genauso unter der Decke gehalten werden wie in der DDR von Sowjetsoldaten verübte Verbrechen. Damals „Befreier“, heute „Geflüchtete“. Wie sich die Bilder gleichen.

Wenigstens ging der Geschäftsführerin der Jugendbegegnungsstätte ein Licht auf. **„Ich glaube nicht daran, dass man diese Männer ohne Weiteres in unsere Kultur integrieren kann“**, sagte sie. Wohl wahr. Leider benötigen manche Leute erst den Anblick verwüsteter Häuser, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen.

ES FÄHRT EIN ASYLANTENZUG NACH NIRGENDWO

Immer wieder verschwinden so genannte Flüchtlinge einfach. Tauchen ab, lösen sich in Luft auf, entkommen auf diese Weise Abschiebungen, über die sie wohl vorher freundlicherweise informiert werden.

Zu dieser Thematik stellte die NPD-Kreistagsfraktion dem Landkreis Vorpommern-Greifswald ein paar simple Fragen.

» **Bei wie vielen ausländischen Personen ist dem Landkreis der derzeitige Aufenthaltsort nicht bekannt?**

» **Warum ist dieser nicht bekannt?**

Die Antwort bestand, wenn sie denn der Wahrheit entspricht, in dem Geständnis totaler staatlicher Hilflosigkeit.

Wörtlich: „Es ist programmtechnisch nicht möglich, die ausländischen Personen ohne bekannten Aufenthaltsort zu ermitteln.“ Da sollte vielleicht mal in ein neues Programm investiert werden. Gibt es im Computerladen zu kaufen.

Was geschieht, wenn der Aufenthalt des Ausländers nicht herausgefunden werden kann? Der Zuwanderer wird beim zuständigen Meldeamt „nach unbekannt abgemeldet“. Anschließend wird die Ausländerakte archiviert. In „Unbekannt“ residieren mittlerweile mehr Ausländer als in Berlin-Kreuzberg. **Die Behörden haben keine Ahnung, was auf dem Staatsgebiet der BRD eigentlich vorgeht.**

Hier könnte sich ein Islamischer Staat bilden, und sie würden es noch nicht einmal mitkriegen. Falsches Programm eben.



**NPD-Kreistagsfraktion
Vorpommern-Greifswald**
Pasewalker Str. 36
17389 Anklam



video.npd-fraktion-vg.de
facebook.com/NPDFraktionVG



03971 - 24 11 83
FAX 03971 - 24 11 83



kreistagsfraktion-vg@npd-mv.de